

## Haushaltsrede der UWG- Fraktion, 07. März 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,  
sehr geehrte BürgerInnen,  
sehr geehrte VertreterInnen der Presse,



auch in diesem Jahr werde ich sicherlich wieder einmal nicht die längste Haushaltrede halten.

Das Motto des diesjährigen Haushaltsplanentwurfes lautet:

### **Zusammenhalt macht uns stark...**

Das stimmt, denn bestimmte Einflüsse und rechte Tendenzen sind bedenklich und nur zusammen können die demokratischen Parteien und Gruppierungen dagegenhalten. Das ist und wird aufgrund der demagogischen und polemischen Wortwahl der ewig Gestrigen auch für uns Kommunalpolitiker nicht einfach. Da werden wir alle hier auch im Kommunalwahlkampf 2025 gefordert sein.

Aber auch sonst gibt es immer wieder Unmut über unsere Arbeit im Rat. Es wird uns vorgeworfen, dass wir machen, was wir wollen, die Bevölkerung würde nicht informiert oder ähnliches.

Wir Mitglieder im Gemeinderat sind hier in Nordkirchen alle ausnahmslos ehrenamtlich tätig. Wir opfern viele Stunden unserer Freizeit für Gespräche und Sitzungen.

Aber wenn man dann sieht, wie oft wir unsere Ausschuss- oder Ratssitzungen ohne Zuschauer oder sogar Presse abhalten, finde ich den Vorwurf einfach unsachlich. Jeder hat die Möglichkeit an diesen Sitzungen teilzunehmen und auch die manchmal komplexeren Lösungsfindungen mitzuverfolgen. Viele Entscheidungen können nicht unabhängig von anderen Sachverhalten entschieden werden. Es wäre schön, wenn unsere nicht immer einfache politische Arbeit mehr gewürdigt würde, denn wir alle haben grundsätzlich das Wohl der Gemeinde im Sinn und setzen uns dafür ein.

Kommen wir nun zum Haushalt

Wie bereits oben erwähnt lautet das Motto:

Zusammenhalt macht uns stark...

...aber zum Glück macht der „Zusammenhalt“ die meisten von uns nicht stark kurzsichtig.

Wie ich zu dieser Aussage komme? Wir alle sehen die Zahlen des Haushaltes 2024. Diese Zahlen werden unterschiedlich interpretiert und hier und da als nicht so dramatisch gesehen. Die UWG sieht die Entwicklung durchaus dramatisch.

ABER...

Vielleicht sorgt gerade dieser Haushalt dafür, dass sich erstmals alle Fraktionen gemeinsam mit der Verwaltung im Vorfeld über den Haushalt 2025 konstruktiv beraten wollen. Der Vorschlag eines „runden Tisches“ der CDU-Fraktion ist hierfür ein sehr guter Anfang, denn anders als in den letzten Jahren werden wir den Haushalt für 2025 bereits im Dezember 2024 beschließen, also schon in rund 9 Monaten.

So werden wir in wenigen Monaten über dieselben Probleme sprechen müssen, die im jetzigen Haushaltplanentwurf enthalten sind.

Dass wir oft ein Jahr später über dieselben Probleme sprechen müssen, ist nicht ungewöhnlich. So sind viele meiner Anmerkungen aus meiner letztjährigen Haushaltsrede weiterhin aktuell.

Diese will ich nur in kurzen Sätzen erwähnen.

- Große Investoren bringen kein Glück.
- Wir haben weiterhin das große Vergnügen, eine Baustelle im Ortskern bewundern zu können (und das Vergnügen könnte weiterhin für vielleicht Jahrzehnte andauern, wenn womöglich der 2. Bauabschnitt begonnen wird).

- Angefangene Bauprojekte werden für die Gemeinde immer teurer.  
(Beispiel Sportplatz Capelle, inzwischen liegen die Kosten bei 2,6 Mio. €)
- Bei der Windenergie haben wir das Heft des Handels nicht in der Hand.  
(Beispiel Anlagen der Firma Enertrag)
- In die Bausubstanz der JCS wird immer noch nicht investiert.  
(Inzwischen versucht die Schule durch Wettbewerbsteilnahmen zumindest einen Teil der Summe für Toilettensanierungen zu bekommen.)

Wenn es nur diese Punkte wären, könnte man sagen: „OK, geht doch. Kann man ertragen. Ist doch nicht so schlimm.“

Leider können wir so nicht weitermachen.

Im diesjährigen Haushalt steckt ein Problem, das, wenn wir es jetzt nicht angehen, uns in 9 Monaten und auch später gehörig auf die Füße fallen wird - **Wir haben ein Liquiditätsproblem!**

Stand jetzt haben wir ein Defizit aus der laufenden Verwaltungstätigkeit von rund 4,9 Mio. Euro. Hier muss man natürlich sagen, dass davon in diesem Jahr ca. 3,5 Mio. Euro aus äußeren, nicht durch die Gemeinde beeinflussbaren, Umständen (Erhöhung Kreisumlage, Flüchtlinge etc.) kommen.

Das bedeutet, Bund, Land und Kreis bürden den Gemeinden immer mehr auf. Das kann einfach nicht mehr lange gut gehen.

Allerdings können wir nicht darauf hoffen, dass von dort Lösungen für unsere Probleme kommen.

Zu den oben genannten 4,9 Mio. Euro kommen rund 10 Mio. Euro, aus zum Teil bereits beschlossenen, Investitionstätigkeiten.

Von den 10 Mio. Euro sind rund 5 Mio. Euro durch einen KFW-Kredit, übertragen aus 2023, bereits abgesichert.

Unterm Strich müssen, nach dem derzeitigen Entwurf, in diesem Jahr zusätzlich 10 Mio. Euro an Krediten aufgenommen werden.

Dieser Haushalt benötigt erstmals wieder Kassenkredite in Höhe von 4,5 Mio. Euro zur Sicherung unserer Liquidität. (Wir als UWG haben jahrelang dafür gekämpft, dass die Gemeinde keine Kassenkredite aufnehmen soll).

Anders als in den früheren Jahren, als wir Kassenkredite zum Ausgleichen von unterjährigen Ausgabenspitzen brauchten, werden wir nun diesen Kassenkredit am Ende des Jahres zur Liquiditätssicherung voll ausgeschöpft haben.

Die Frage ist, wie finanzieren wir dieses Defizit?

Wir sehen in diesem Haushaltplanentwurf absolut keinen Lösungsvorschlag der Verwaltung. Wird das Defizit komplett kreditfinanziert oder nur zum Teil? Ist eine Auflösung der Aktien-/Immobilienfonds bzw. eine Erhöhung der Grundsteuer eine Möglichkeit? Da kam leider nichts.

Es wurde lediglich gesagt, die Politik soll Vorschläge unterbreiten.

Wir versuchen eine ehrliche Politik zu machen und da muss man einfach sagen: „Die Lage ist derzeit schlecht.“

Doch im Gegensatz zum Bürgermeister trauen wir uns, das schlimme Wort „Steuererhöhungen“ auszusprechen. Sicherlich ein heikles Thema, aber auch wir Kommunalpolitiker wären von dieser Erhöhung betroffen, von daher geht uns diese Forderung auch nicht „einfach so“ über die Lippen. Allerdings müssen wir beginnen langfristig zu planen und jetzt schon damit anfangen!

Um das Liquiditätsproblem für diesen Haushalt zu reduzieren hätte die UWG einen konkreten Lösungsweg:

1. Auflösung eines Teils der Liquiditätsanlagen  
(rund 1,3 Mio. Euro aus einem Fond. Es besteht aber auch die Möglichkeit bis zu 3 Mio. Euro in Anspruch zu nehmen)
2. Sperrvermerk über die 1,2 Mio. Euro für die Containerlösung für Flüchtlinge

3. Schieben der 230.000 Euro für die Außenanlagen am Vereinsheim Capelle (es soll sich dabei um den Bolzplatz handeln).
4. Entfall der Beratungs- und Planungskosten für das Schwimmbad in Höhe von rd. 200.000 Euro
5. Adäquate Erhöhung der Grundsteuer B.  
Beispielsweise würde eine Erhöhung der Grundsteuer um 100 Prozentpunkte laut Auskunft der Verwaltung für die Gemeinde eine Mehreinnahme von rund 300.000 Euro pro Jahr bedeuten.

Alles in allem wäre das schon eine Reduzierung des Defizites von rund 2,9 Mio. Euro. Durch eine Erhöhung der Grundsteuer könnte die Gemeinde die benötigten Kredite gegenfinanzieren.

Sie sehen, die UWG hat ihre Hausaufgaben gemacht und einen konkreten Vorschlag erarbeitet.

***Dies bedeutet aber auch, dass die UWG dem bisher vorgelegten Haushaltplanentwurf aufgrund seiner Probleme ablehnen wird.***

**Eine Zustimmung kann erst erfolgen, wenn der Haushaltplanentwurf einen gangbaren Lösungsweg aufzeigt.**

#### **Dank an die Verwaltung**

Trotz unserer Ablehnung geht der Dank der UWG- Fraktion auch in diesem Jahr an den Kämmerer Herrn Tönning und die Mitarbeiter der Verwaltung für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushaltplanentwurfs.

#### **...und auch in diesem Jahr gilt –**

Die UWG- Fraktion wird weiterhin zum Wohle der Gemeinde die Ausgaben im Auge haben, kritisch hinterfragen und wenn nötig auch nicht nur den mahnenden Zeigefinger heben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Christian Lübbert

Fraktionsvorsitzender der UWG